

# Stenographischer Bericht

## 13. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

IV. Periode.

29. Mai 1931.

### Inhalt:

**Personalien:** Urlaubsbewilligung Jira und Gudenus (211).

Wahl eines Mitgliedes in die Ersparungskommission an Stelle Ferner (220).

**Aufgabe:** Die Beilagen Nr. 48 bis 54 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 135 bis 137, 139, 142, 143, 149 und 151 bis 153 (211).

**Zuweisungen:** Immunitätsangelegenheit R o f t e n m a n n e r (211);

Die aufgelegten Beilagen und schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (211).

**Verhandlungen:** 1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 96, betreffend die Erweiterung des Wirkungsbereiches der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark. — Berichterstatter H a r t l e b (211). — Annahme des Antrages (212).

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 128, betreffend Bewilligung eines Kredites für eine einmalige Barunterstützungssaktion für arbeitslose, nicht unter das Arbeitslosenversicherungsgesetz fallende Forstarbeiter. — Berichterstatter G s p ö l l e r (212). — Redner: M a h n e r (212), K r e n n (213), R e i c h l (213), M e n s z n e r (217). Vertagung der Sitzung (220).

**Anträge:** A u s t, E.-Zl. 155, betreffend die Ermächtigung der Gemeinden zur Einhebung von Luftbarkeitsabgaben (220);

D r. S i l l i g, E.-Zl. 156, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 23. April 1931, über die Einhebung einer Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der Stadtgemeinde Graz (220);

D r. S i l l i g, E.-Zl. 157, betreffend die Abschaffung der Lohn- und Gehaltsabgabe, bezw. deren Ersatz durch andere Einnahmequellen (220);

B a c h n e r, E.-Zl. 158, betreffend Bewilligung eines Betrages von 200.000 S zur Gewährung von Beihilfen für solche Gemeinden, welche vorübergehend außerstande sind, der ihnen obliegenden Armenversorgung nachzukommen (220).

**Anfragen:** W o l f, Nr. 11, an Landesrat Z e n z, wegen Verlautbarung des Gesetzes, betreffend die bauerlichen Fortbildungsschulen und das bauerliche Fort- und Volksbildungswesen in Steiermark (220).

M e n s z n e r, Nr. 12, an den Landeshauptmann, in Angelegenheit des Verbotes öffentlicher Aufzüge unter freiem Himmel (220).

Präsident K ö l b l eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 5 Minuten.

Präsident: Mitzuteilen habe ich, daß Herr Abg. Karl Jira um einen 6- bis 8wöchigen Urlaub ersucht hat. Dieser wurde ihm bewilligt.

Weiters hat der Herr Abg. Gordian Gudenus um einen Krankenurlaub bis 15. Juli ersucht. Derselbe wurde ihm ebenfalls bewilligt.

Das Bezirksgericht Leibnitz hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Franz R o f t e n m a n n e r zugestimmt wird. Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Aufgelegt wurden heute die gedruckten Beilagen Nr. 48 bis 54 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, Einl.-Zl. 135 bis 137, 139, 142, 143, 149 und 151 bis 153.

Zugewiesen werden, wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Die Beilagen Nr. 48 und 53 dem Volksbildungsausschusse und hernach dem Finanzausschusse;

die Beilagen Nr. 49 und 50 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

die Beilagen Nr. 51 und 54 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse;

die Beilagen Nr. 52 dem Finanzausschusse;

ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen, und zwar E.-Zl. 135 und 142 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

die E.-Zl. 136 zunächst der Landesregierung und hernach dem Volksbildungsausschusse und darauf dem Finanzausschusse;

die E.-Zl. 137, 139, 143, 149, 151, 152 und 153 dem Finanzausschusse.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung:

Punkt 1,

mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 96, betreffend die Erweiterung des Wirkungsbereiches der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Präsident H a r t l e b; ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter H a r t l e b: Hoher Landtag! Der steirische Landtag hat in seiner Sitzung im Juni 1930 unter Beschluß Nr. 621 beschlossen, daß ein Teil der Satzungen der steirischen Landes-Hypothekenanstalt, nämlich die Geschäfte, die in diesem Teile der Satzungen aufgezählt sind, erst dann betrieben werden dürfen, wenn der Landtag dem zugestimmt hat. Es handelt sich da um die Geschäfte, die in den Punkten 8, 13 und 14 aufgezählt sind. In der Zwischenzeit hat sich nun herausgestellt, daß es notwendig ist, die Zustimmung zu dem Betriebe dieser Geschäfte zu geben. Es liegt das sowohl im Interesse der Anstalt als auch in dem der Kommittenten der Anstalt.

Der Finanzausschuß hat sich daher mit einer Vorlage der Landesregierung in dieser Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, dem Landtage zu empfehlen, den Antrag der Regierungsvorlage, E.-Zl. 96, anzunehmen, welcher lautet (liest):

„Der Landtagsbeschluß vom 5. Juni 1930, B.-Nr. 621, wird außer Wirksamkeit gesetzt.

Gleichzeitig wird zur Kenntnis genommen, daß das Kuratorium der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark in erster Linie die Hauptgeschäfte der Anstalt und die im § 2, Absatz 1, unter Zl. 8, 13 und 14 der Anstaltsfazungen aufgezählten Geschäfte nur gelegentlich betreiben wird.“

Der Finanzausschuß hat beschlossen, diesen Antrag dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird ohne Wechselrede mit Mehrheit angenommen.)

**Präsident:** Punkt 2 der Tagesordnung, mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Zl. 128, betreffend Bewilligung eines Kredites für eine einmalige Barunterstützungsaktion für arbeitslose, nicht unter das Arbeitslosenversicherungsgesetz fallende Forstarbeiter.

Berichterstatter ist Herr Präsident Gföller; ich erteile ihm das Wort.

**Berichterstatter Gföller:** Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt, die der außerordentlichen Notlage unter den Forstarbeitern Rechnung tragen soll. Es ist ja allgemein bekannt, daß leider der größte Teil der Forstarbeiter nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegt, sondern dem Nichts überantwortet ist, wenn keine Arbeit mehr vorhanden ist. Durch die außerordentliche Krise in der Forstwirtschaft ist die Zahl der arbeitslosen Forstarbeiter eine erhöhte und das Elend unter diesen Menschen ein gewaltiges. Die Vorlage, die den Ausschuß beschäftigt hat, will wenigstens — wie ein Tropfen auf einem heißen Stein — diesen Forstarbeitern einige Hilfe gewähren und schlägt nach dem Antrage, der Ihnen vorliegt, vor, daß einmal ein Kredit von 100.000 S bewilligt werden soll, damit den arbeitslosen Forstarbeitern, die nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen, eine einmalige Barunterstützung bezahlt werden kann.

Der Finanzausschuß hat sich im Zusammenhang mit dieser Vorlage auch mit dem Antrag Rosenwirth beschäftigt, der dahingegangen ist, die Summe von 100.000 S auf 200.000 S zu erhöhen. Dieser Antrag ist nach dem Beschlusse des Finanzausschusses der Landesregierung zur Berichterstattung und Antragstellung zuzuweisen. — Ich ersuche die Herren, diesen Anträgen des Finanzausschusses zuzustimmen.

**Mahner:** Verehrte Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt diesen Antrag auf das wärmste, besonders deshalb, weil tatsächlich die Not der Forstarbeiter, die leider nicht durch die den übrigen Arbeitern bewilligte Arbeitslosenunterstützung gemildert wird und dadurch wenigstens einigermaßen aufgehoben erscheint, eine ungeheure ist. Nach dem Krieg ist ein ungeheurer Raubbau in den Wäldern getrieben worden, welcher nun durch die Holzkrise eingestellt erscheint, so daß jetzt eine ungeheuerere Arbeitslosigkeit in den Gebirgsdörfern zu beobachten ist. Seit mehr als zwei Jahren finden wir, daß ganze Familien, die jahraus und jahrein nur von diesem Erwerb lebten, auf die äußerste Ration gesetzt erscheinen, und daß diesen Familien nicht geholfen

werden kann, auch nicht von den Gemeinden, weil, wie Sie ja wissen, besonders die kleinen Gemeinden unter dieser allgemeinen heutigen Krise ungeheuer leiden. Meine Damen und Herren, wir alle haben in diesem Hause schon oft über die Landflucht reden gehört und haben es immer wieder konstatiert, daß tatsächlich ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung in die Städte hereinkommt, hier Arbeit sucht und vorübergehend auch findet, aber dann das Heer der Arbeitslosen kolossal vermehrt. Ich darf bei dieser Gelegenheit sagen, daß zweifellos ein Teil dieser Landflucht darauf zurückzuführen ist, daß, wie hier bei den Forstarbeitern, ein Teil der Landarbeiter nicht der Arbeitslosenversicherung anheimfällt. Wir können durch unsere Erfahrungen, die wir auch im Deutschen Reiche gemacht haben, feststellen, daß dort auch den Forstarbeitern die Unterstützungen gegeben werden, daß auch einem großen Teil der Landarbeiter die Arbeitslosenunterstützung bewilligt wird, und daß nur jenen, die jahraus, jahrein in der Hauswirtschaft leben, diese nicht ausbezahlt wird. Wir dürfen sagen, daß das Verständnis im Reiche draußen weit fortgeschrittener ist, weil man, wenn man über die Frage der Landflucht redet, dann die Antwort zu hören bekommt, daß der Mangel, daß nicht alle Land- und Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen sind, mit Schuld trägt an der Landflucht. Dabei ist es nicht so, daß nur die Sozialdemokraten im Reiche dieser Ansicht sind; ich kann mich berufen auf Gutachten des bayerischen Landwirtschaftsministeriums, das nach einer Umfrage unter den Arbeitgeber und Arbeitnehmern erstellt worden ist und in welchem Gutachten zum Ausdruck kommt, daß ein Teil der Schuld an der Landflucht in der mangelnden Versicherung, darunter auch der Arbeitslosenversicherung der Landarbeiter liegt. Wir können uns auf dieses Zeugnis umso eher berufen, als man dem bayerischen Landwirtschaftsministerium nicht nachsagen kann, daß es besonders fortgeschrittlich wäre; dort ist man aber bemüht, auf die Ursachen zu kommen. Ich darf aber auch sagen, daß private klerikale Kreise in Deutschland denselben Standpunkt einnehmen, so hat auf dem letzten Katholikentag in Münster Kardinal Faulhaber zur Kenntnis gebracht, wie notwendig es ist, daß die städtische Bevölkerung und die Industrie die Leiden der Menschen am Lande verstehen und dafür sorgen, daß die Arbeitslosen, die Erntelosen, wie er sagte, auf dem Lande der Arbeitslosenunterstützung teilhaft werden können. Ich darf mich aber auch darauf berufen, daß auf dem christlichsozialen Holzarbeiterverbandstag in Österreich der gleiche Beschluß gefaßt worden ist, nämlich, daß die Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden sollen, und daß unverzüglich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, das durchgesetzt werden soll. Ich habe deshalb im Zusammenhang mit der heute zur Debatte stehenden Frage zu sagen, daß es nicht genügt, daß wir heute darüber Beschluß fassen, einmal 100.000 S, dann ein zweites Mal 100.000 S zur Linderung der Not der Forstarbeiter zu bewilligen, sondern, weil wir wissen, daß weder Gemeinden noch auch das Land in der Lage sind, wirklich helfen zu können, glaube ich, müssen wir uns zum Entschluß auf-

raffen, heute den Beschlusantrag anzunehmen, daß die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß die Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden. Besonders von den Herren der Christlichsozialen Partei erwarten wir, daß sie im Jubeljahre der Enzyklika rerum novarum diesem Antrag die Zustimmung gebe. Er lautet (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß alle Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden.“

**Krenn:** Hohes Haus! Der Antrag, der hier in Behandlung steht, beinhaltet, daß die arbeitslosen Forstarbeiter aus Landesmitteln durch einmalige Geldaushilfen wenigstens teilweise und vielleicht auch nur in geringfügigem Umfang, unterstützt werden sollen, wenn sie im Falle ihrer Arbeitslosigkeit keine sonstige Unterstützung beziehen. Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß ich im Jahre 1923 mit Hilfe und Unterstützung meiner Partei einen Antrag einbringen konnte, der in diesem hohen Hause die Zustimmung gefunden hat, daß aus Landesmitteln für die nicht im Bezug der Arbeitslosenunterstützung stehenden Arbeiter Notstandsunterstützungen zu gewähren sind, die im Laufe der Jahre nicht sehr reichlich, aber doch geeignet waren, Not und Elend mancher Familien zu lindern. Ich habe mir auch gestattet, bei Beratung des Landesvoranschlages 1931 einen Antrag zu stellen, wonach in Erkenntnis der traurigen Lage der Forstarbeiter, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse brotlos geworden sind, der Betrag für diese Notstandsunterstützungen erhöht wird. Es sind dann im Finanzausschusse bei den endgültigen Beratungen Anträge zusammengeworfen worden und übrig geblieben ist ein Betrag, der nicht ausgereicht hat. Es wäre immerhin die Möglichkeit vorhanden gewesen, auch auf Grund der Beschlüsse des Finanzausschusses, den Forstarbeitern Unterstützungen zu geben und Interventionen in dieser Richtung haben schließlich zu dem Antrag geführt, der heute hier in Behandlung steht, reichlich spät, weil nach meiner Meinung es schon früher möglich gewesen wäre, wenigstens teilweise die bedürftigsten Fälle zu berücksichtigen. Ich darf darauf verweisen, daß gerade in Steiermark die Forstindustrie und damit die Forstarbeiter von der Konjunktur sehr abhängig sind und ich bin im Besitze einzelner Briefe von Forstarbeitern, die einen großen Familienstand besitzen, 8 bis 9 Kinder, die ohne jede Unterstützung oder Einnahme sind, angewiesen sind auf die Mildtätigkeit ihrer Nebenmenschen. Was durch diesen Antrag erreicht werden soll, ist eigentlich nur der Versuch, hier einigermaßen helfend beizuspringen. Wir sind der Meinung, daß die gesetzliche Arbeitslosenversicherung der Forstarbeiter anderswo auszutragen ist, die endgültige Regelung dieser Frage wird im Nationalrate zur Sprache, und wir hoffen, auch zur Durchführung kommen. (O perschall: „Und die Christlichsozialen werden wieder dagegen stimmen!“)

Nun hat es Kollege **Mahner** nicht unterlassen können, in die alte Gewohnheit der Sozialdemokraten

zurückzufallen und zu versuchen, anderen Parteien die Schuld beizumessen und zu sagen: Die sind es, die den Forstarbeitern die Unterstützung nicht geben wollen. Ich darf darauf verweisen, daß in dieser Zeit unter einsichtigen Leuten aller Parteien die Meinung vorherrscht und dies wurde auch durch Beschlüsse bewiesen, daß die Dinge nicht einfach zu regeln sind, da die Tragfähigkeit der Wirtschaft begrenzt ist. Persönlich hege ich die Meinung, daß die Einbeziehung der Forstarbeiter unbedingte Notwendigkeit ist. Bei sachlichen Beratungen sind auch die Herren der sozialdemokratischen Partei zur Einsicht gelangt, daß Kürzungen und Einschränkungen der Arbeitslosenunterstützung notwendig sind, um den Bestand unserer sozialpolitischen Gesetze aufrechtzuerhalten. Der Bestand unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist gefährdet, nicht weil sie zu weit ausgebaut ist, sondern — und das ist ja eine Tatsache, die nicht unbekannt ist — durch die wirtschaftliche Krise, die sich auch über die Grenzen Österreichs erstreckt. Wir können nur hoffen, daß diese krisenhaften Erscheinungen sich überwinden lassen. Wenn der Herr Vorredner gemeint hat, daß er den Appell an uns zu richten hat, daß wir im Jubeljahre der Enzyklika rerum novarum uns der Forstarbeiter annehmen sollen, möchte ich darauf verweisen, daß im Jahre 1923 für diese Kreise ein Antrag von uns gestellt worden ist, daß aber durch das Zusammenwirken einzelner anderer Parteien des hohen Hauses es unmöglich gemacht wurde, bei Beratung des Voranschlages 1931 einen erhöhten Betrag für diese Kreise im Voranschlag einzusetzen, um rechtzeitig und wirksam Hilfe zu bringen. Wir werden selbstverständlich für die Resolution Mahner stimmen, weil wir sie für notwendig halten. Die Lage der gesamten Volkswirtschaft, die heute zumindestens weitgehend beeinflusst wird von den Verhältnissen in Rußland, wird Einschränkungen notwendig machen. Wir sind überzeugt, daß gerade für die Forstarbeiter, die früher eine Arbeitslosigkeit im jetzigen Umfange nicht gekannt haben, die Versicherung zwingend notwendig ist, notwendiger vielleicht wie für andere Kreise. Ich meine, daß die Frage hier nicht politisch ausgeschrotet werden soll, weil es auch wir zuwege gebracht haben, Kreise, die uns nahe stehen, zu bewegen, helfend einzugreifen. Mit Hilfe unserer Parteikreise konnten wir für einzelne Fälle zirka 6000 S für diese Zwecke aufbringen. Aus ganz bescheidenen Kreisen sind diese Mittel aufgebracht worden, um einzelne Forstarbeiter zu unterstützen. Es wird auch eine gesetzliche Regelung alles Elend nicht ändern können. Die Unterstützung aller Volkswirtschaftskreise und aller Parteikreise ist uns aber sehr wertvoll und ich glaube, daß gerade wir es bewiesen haben, daß wir der Forstarbeiter nicht vergessen und ihnen geben werden, was ihnen zukommt, wenn die gesetzlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage es gestatten. Was an uns liegt, werden wir selbstverständlich mitarbeiten. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

**Reichl:** Hohes Haus! Ich bin namens meiner Fraktion genötigt, zu dieser Vorlage den Antrag auf getrennte Abstimmung zu stellen, und zwar hinsichtlich der Bewilligung des Betrages und hinsichtlich der Auf-

bringung, der Bedeckung dieses Betrages. Wenn der Herr Finanzreferent im Finanzausschusse oder sonst bei irgend einer Gelegenheit die Finanzlage des Landes erörtert und schildert, so entwirft er ein düstere Bild der Lage. Der Herr Finanzreferent verweist immer darauf, daß die Finanzlage des Landes, wie allgemein bekannt, eine außerordentlich krifte ist und weil wir wissen, daß der Herr Finanzreferent seine Ausführungen rein sachlich und ernst macht, so zweifeln wir nicht daran, daß diese Ausführungen wirklich völlig den Tatsachen entsprechen. Wenn dies aber so ist, so ist es Pflicht einer öffentlichen Körperschaft, nur jene Ausgaben zu machen, zu denen die öffentliche Körperschaft verfassungsmäßig verpflichtet ist. Es wurde im Budget 1931 dieser Grundsatz nicht voll eingehalten und auch der gegenständliche Fall, die Unterstützung der arbeitslosen Forstarbeiter, ist eigentlich keine verfassungsmäßige Pflicht des Landes. Wenn aber auch in Zukunft der Grundsatz voll zur Anwendung kommen muß: „Ohne verfassungsmäßige Pflicht keine Leistung“, so kann man doch im gegenständlichen Falle, weil es ganz besonders hart wäre, da die Not der Forstarbeiter, welche keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, ungeheuerlich ist, die Verantwortung auf sich nehmen und mit Rücksicht auf den Umstand, daß im Budget 1931 schon wiederholt der von mir eben angeführte Grundsatz nicht eingehalten worden ist, noch einmal eine Ausnahme machen und den Betrag von 100.000 S zur Unterstützung dieser Nothleidenden, dieser wirklich Armen, dieser wirklich Hilfebedürftigen verwenden. Hilfe ist dringend geboten und daher werden wir auch dem ersten Teil dieses Antrages zustimmen.

Wogegen ich mich aber mit Entschiedenheit wenden muß, ist die Art, wie man die Mittel zu dieser Unterstützung aufzubringen gedenkt. Man hat die Ungeheuerlichkeit begangen, aus Kapitel 2, also aus dem Beamtenbudget, diese 100.000 S herausparen zu wollen, man versucht, durch Interkalendarien, durch Aufnahmssperre und wie diese Dinge heißen, diesen notwendigen Betrag hereinzubringen und ihn auf diese Weise zu verwenden. Es ist scheinbar Mode geworden, daß man die Beamtenchaft als Freiwillig behandelt, es ist scheinbar Mode geworden, daß man ungeschwehrt gegen die Beamtenchaft ein wahres Kesseltreiben veranstalten kann, wenn es darum geht, ihre finanziellen Rechte zu schmälern. Hat man in den früheren Jahren für die Not der Beamtenchaft nur taube Ohren gehabt, obwohl die Staatskassen voll waren, ist man, obwohl das Wort von einem einflußreichen Herrn in Klagenfurt geprägt worden ist, daß man fette Jahre vor sich gehabt hat, über die berechtigten Forderungen der Beamten mit hartem Herzen zur Tagesordnung übergegangen, so hat jetzt ein direkter Kampf eingesetzt gegen das verhaßte Beamtenkum, das nur gut genug ist, wenn man es braucht, und das doch das Rückgrat des Staates ist, ohne dessen aufopferungsvolle Arbeit Österreich schon längst ein Trümmersfeld wäre. Man hat jetzt zu viel brutaleren Methoden gegriffen. Nach systematischer Vorbereitung der Öffentlichkeit durch Wort und Schrift ist man zum Angriff gegen uns übergegangen und will an uns einen

Rechtsbruch vornehmen, wie man ihn in der ohnedies leidvollen Geschichte der österreichischen Beamtenchaft bisher noch nicht gekannt hat. Unter der Devise: „Die Staatsnotwendigkeiten erfordern es“, will man uns durchschnittlich 7 Prozent unserer Bezüge einfach wegnehmen. Die Beamten sind die letzten, welche sich gegen Staatsnotwendigkeiten verschließen und wir haben dies auch bewiesen, indem unser Stand allein das Entgelt für seine Leistungen nicht voll valorisiert erhalten hat, sondern nur mit etwas über 60 Prozent und die ganze Zeit ungefähr 40 Prozent des gebührenden Entgeltes auf dem Altar des Vaterlandes geopfert hat. (Dr. Illig: „Der Schöber hat schon den Kürzungen der Beamtenbezüge zugestimmt!“) Stimmt nicht, wenn Sie es auch haben wollen.

Aber daß unserem Stand, und zwar nur uns allein, die wir schon diese Opfer gebracht haben, jetzt wieder alle diese neuen, schweren Opfer auferlegt werden sollen, das sehen wir nicht ein und dagegen werden wir uns wehren mit der ganzen Kraft unserer Organisationen.

Die Beamtenchaft sieht umso weniger ein, daß ausgerechnet sie ein so schweres Notopfer bringen soll, nachdem sofort Geld vorhanden ist, wenn eine Bank, bei der das arische Element nicht gerade tonangebend ist, in Schwierigkeiten kommt. Die Beamtenchaft sieht dies umso weniger ein, weil man ansonsten mit gewissen Spitzenverdienern so sanft umgeht, um diese hohen Herren ja nicht zu verstimmen und es muß doch als direkt aufreizend empfunden werden, wenn man für die Direktoren der verkrachten Bodenbank jährlich noch 12½ Millionen Schilling Pension bezahlt hat.

Da wird nicht vom Staatsdefizit gesprochen. Wir können auch nicht glauben, daß dieses Defizit von heute auf morgen entstanden ist, sondern wir sind der Meinung, daß das auf längere Zeit zurückgeht. Trotzdem hat man im vorigen Jahr ein Notopfer für die Landwirtschaft beschloffen, und zwar von ungefähr 90.000.000 S. Ich bin der Letzte, der die große Not der Landwirtschaft bestreitet; ich weiß, daß die kleineren und mittleren Bauern äußerst schwer um ihre Existenz ringen und wir Beamte sind viel zu objektiv, um nicht auch die Not und die Leiden anderer Stände gerecht zu beurteilen. Aber allgemein wird behauptet und dies auch durch Ziffern belegt, daß die Verteilung dieses Notopfers ungerecht gewesen sei, daß die kleinen und mittleren Landwirte fast nichts, die Großagrariere und Großmühlenbesitzer fast alles bekommen haben. Das Staatsdefizit würde sich sofort verringern, wenn man den Mut aufbringen würde, das Notopfer von jenen Kreisen, denen man es unberechtigt gegeben hat, zurückzufordern.

Aber dazu fehlt der Mut, weil man die Angriffe nur gegen jene führt, bei denen man den schwächsten Widerstand erwartet, gegen die Beamtenchaft. Dieses Beamtennotopfer, meine Damen und Herren, ist aber nicht nur unsozial und ungerecht, sondern es ist auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus unsinnig und verwerflich. (Dr. Illig: „Ihr Listensführer Schöber ist aber dafür!“) Reden Sie mir nicht immer drein, Herr Dr. Illig, wenn Sie sich auch für

noch so gescheit halten! Sie sind auch dafür, die Sie sonst immer für die Beamten eingetreten sind. Den Herrn Dr. Kienböck, den kennen wir schon. (Muschitsch: „Ihre Partei, Herr Dr. Illig, hat doch die Führung in der Hand! Es wäre besser, Sie würden in dieser ernsten Sache nicht so viele Zwischenrufe machen!“ — Dr. Illig: „Das kann ja am Dienstag im Parlament gesagt werden!“) Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft können nur dann gedeihen, wenn sie die Produkte preiswert absetzen können, wenn also die Konsumenten kaufkräftig sind, und daß die Festbesoldeten, die Konsumenten, kate-rochen sind, wird wohl nicht bestritten werden können. Schwächt man aber ihre Kaufkraft durch Verringerung der Bezüge, so ist die selbstverständliche Folge die Einengung der Absatzmöglichkeit bei Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft.

Ich bin vollständig überzeugt, daß viele, die heute das Notopfer der Beamtenschaft fordern, in ganz kurzer Zeit stürmisch dessen Beseitigung verlangen werden, weil sie es spüren werden, wenn es keine kaufkräftige Konsumentengruppe mehr gibt. Man komme mir nicht damit, daß andere Staaten dieses Notopfer auferlegt haben, insbesondere das Deutsche Reich. Ich muß darauf hinweisen, daß die Beamtenschaft im Deutschen Reiche viel viel besser gezahlt worden ist, daß die deutsche Regierung, als in den Staatskassen Geld vorhanden war, im Gegensatz zur österreichischen Regierung auch an die Beamtenschaft gedacht hat, und wenn man der Beamtenschaft im Reiche etwas wegnimmt, so ist das nicht damit zu vergleichen, wenn man der österreichischen Beamtenschaft mit ihren kargen Bezügen auf diese Weise ein Notopfer und Lasten auferlegen will. Im vorigen Jahre ist eine Statistik herausgekommen. In dieser wurde festgestellt, daß es einem ungeheuren Teil der Angestellten und Pensionisten nicht möglich ist eine Sommerfrische zu besuchen. Damals war von Gehalts-kürzungen noch nicht die Rede. Ich habe auch unlängst in einer Statistik gelesen, daß die Sterblichkeit gerade in den Kreisen der Festbesoldeten relativ die höchste Ziffer erreicht. Das ist ganz begreiflich, weil die Leute bei ihrem beschränkten Einkommen gar nicht in der Lage sind, an die notwendigsten Bedürfnisse des Lebens zu denken und auch nicht in der Lage sind, sich bei Krankheitsfällen die nötige Erholung zu gönnen, denn auch schon kleine Anschaffungen, wie der Einkauf von Kleidern und Schuhen, bedeutet für sie geradezu eine Katastrophe. Meine Damen und Herren, schauen Sie, wie sehr die Beamtenschaft in Österreich verschuldet ist. Ich glaube, wer sich nur ein bißchen mit dem Beamtenproblem befaßt hat, muß zugeben, daß ein ungeheurer Prozentsatz der Beamtenschaft tief in Schulden steckt und nicht deswegen, weil sie luxuriöse Sommerfrischen besuchen und weil die eleganten Autos den Beamten gehören, nein, weil sie die täglichen Bedürfnisse aus den kargen Bezügen nicht decken können und genötigt sind, Geld dafür aufzunehmen. Bei dieser finanziellen Lage will man nun auf den Schultern dieses Standes, der Festbesoldeten, die Kreditanstalt und andere Mißwirtschaften sanieren. Dazu kommen noch die in den nächsten Monaten

zu erwartenden bedeutenden Erhöhungen von Bedarfsartikeln. Der Zollvertrag mit Ungarn wird am 1. Juli eine Erhöhung des Brotpreises bringen, die Schaffung des Milchausgleichsfonds und des Milchregulativs wird die Milch verteuern und am 1. August werden die Zinse steigen. Ja, wohin soll das führen, auf der einen Seite Verkürzung der Bezüge und auf der anderen Seite Vergrößerung der Ausgaben. Ich frage, wie soll das geleistet werden können? Wollen sich denn alle Stände auf unserem Rücken sanieren? Die Folgen dieses Beamtenopfers werden für die Geschäftswelt und für die Landwirtschaft erschreckliche sein. Nicht nur, daß die Festbesoldeten sich jedes Genußmittels werden enthalten müssen, auch die anderen Geschäfte werden leer stehen und die Sommerfrischen werden, besonders im nächsten Jahr, da es sich heuer noch nicht so auswirken wird, verödet sein, denn eine Massenverelendung der Festbesoldeten wird eintreten. Doch jene Leute, die das ausgeklügelt haben, werden sich aber weiter „führende österreichische Wirtschaftspolitiker“ nennen, obwohl schon seinerzeit Bismarck, der gewiß einiges von Politik verstanden hat, bezüglich der Beamtenbesteuerung erklärt hat: Es widerspricht direkt der Vernunft, daß der Staatsbedarf durch eine Auflage auf den Staatsbedarf selbst gedeckt wird. Sie werden sagen, meine Damen und Herren, das gehört alles nicht zu diesem Antrag (Krenn: „Da haben Sie recht!“), denn in diesem Antrag ist nichts von Kürzung und Drosselung der Bezüge, sondern nur von Aufnahmisperre, Schaffung von Interkalarien und ähnlichen Dingen die Rede. Es hängt dies aber alles damit zusammen, daß man immer auf die Beamten greift, wenn man Geld braucht, denn dort ist noch etwas herauszuholen und bei den Beamten ist auch der Widerstand am kleinsten. Auch kann man bei den Beamten gleich am 1. immer die Abzüge machen und gibt es da keine Steuerstundungen, von welchen andere Kreise immer Gebrauch machen. Man will weniger Beamte bei gleicher Arbeit haben. Ich habe nicht gehört, daß in Steiermark die Arbeit abgebaut worden ist und es ist also tatsächlich so, daß der Beamte noch mehr leisten muß. Und ich frage Sie, sind Sie vielleicht der Meinung, daß die Beamten des Landes Steiermark bisher zu wenig gearbeitet haben? Sie werden wohl nicht den Mut haben, dies zu behaupten, und werden zugeben müssen, daß die Beamten des Landes Steiermark bis zum Letzten ausgenützt und ausgepreßt werden, um ihre Arbeit vollenden zu können. Wenn weniger Beamte bei gleicher Arbeit sind, so ist das ein Raubbau an der Arbeitskraft auf Kosten der Gesundheit. Was so eine Personaldrosselung bedeutet, können sie bei den österreichischen Gerichten sehen. Davon können jene erzählen, die den Ersparungskommissär L o e b e l l, einen Angehörigen Ihrer Partei, Herr Dr. Illig, genossen haben. Die Leute fallen im Dienst um, weil sie einfach nicht mehr weiter können. Und das soll nun auch im Lande Steiermark geschehen! Dazu geben wir unsere Hand nicht her. (Dr. Illig: „Sagen Sie das Ihrem Kollegen Höpfl!“) Es ist gut, ich werde meine Rede für Ihre Zwischenrufe unterbrechen, damit nichts von Ihrer Weisheit verloren geht (Doktor

Illig: „Ihr Kollege sitzt daneben. Der Herr Landesrat Höpfl ist kompetent für diese Sache!“ Aber nicht der Ersparungskommissär Loebell.

Wie sollen nun diese 100.000 S für die arbeitslosen Forstarbeiter hereingebracht werden? Da gibt es verschiedene Wege. Ich will nur ein paar markante neue, aufzeigen. Man muß meines Erachtens trachten, daß die Steuerfabotage, welche ganz offen betrieben wird, endlich einmal aufhört. Die Leute werden in Versammlungen und Aufmärschen geradezu systematisch zur Nichtzahlung der Steuern geworben und zur Steuerfabotage angeheißt. Das Groteske dabei aber ist, daß Steuerbeamten, wenn sie ihre Pflicht tun, eine Disziplinarbehandlung bei der vorgeordneten Dienstbehörde erwartet, weil es irgend jemanden nicht paßt, die Steuern, die er schuldig ist, auch wirklich zu zahlen. Damit muß ausgeräumt werden. Der Staatsbürger muß die Steuern, die er zu zahlen hat, auch wirklich bezahlen. Denn es geht nicht an, daß man nur den Festbepoldeten am 1. die Steuern abknöpft und den anderen die Steuern schenkt, abschreibt oder stundet und wie alle diese steuertechnischen Ausdrücke heißen mögen.

Nun gibt es noch einen Weg, wo man die hunderttausend Schilling hereinbringen könnte, und ich muß leider dieses unangenehme Kapitel, das in diesem hohen Hause bisher so ängstlich vermieden worden ist, etwas streifen. Ich meine, wenn man bei der Landes-Zentralmolkerei nicht so generös auf rund 1½ Millionen Schilling verzichten und versuchen würde, einen Teil dieses Betrages hereinzubringen, daß man dann die 100.000 Schilling, welche für die Forstarbeiter notwendig sind, spielend hereinbekommen würde. In der Angelegenheit der Landes-Zentralmolkerei hat ein Untersuchungsausschuß gesagt, welcher sein Ergebnis, sein Elaborat dem Finanzausschuß mitgeteilt hat, der Finanzausschuß der Landesregierung und, wie ich gehört habe, wird die Landesregierung in nächster Zeit, wider Erwarten eigentlich, dem hohen Hause über das Ergebnis der Untersuchung in der Zentralmolkereiangelegenheit Bericht erstatten. Nun, die Öffentlichkeit ist aber schon so gespannt auf dieses Kapitel, so daß ich, weil man hier meines Erachtens einen Teilbetrag für die Forstarbeiter herausbringen könnte, denn doch ein paar kleine Daten — ich muß mir vorbehalten, seinerzeit ausführlich darauf zurückzukommen — aus dieser ganzen Sache mitteilen möchte. (Doktor Illig: „Da brauchen Sie nur den Herrn Präsidenten Harkleb zu fragen, der Obmann des Untersuchungsausschusses ist. Die Auskunftsperson haben Sie in derselben Bank.“) Warum regen Sie sich auf Herr Doktor Illig? Über die „Favorita“ werde ich erst nächstens reden. (Dr. Illig: „Sie halten in demagogischer Weise eine Fastenpredigt.“) Das ist Sache Ihrer Partei. Wenn man aber den Leuten den Lidlohn vorenthält, ist das auch etwas, was im Katechismus verboten ist. (Dr. Illig: „Das ist Demagogie.“) Das habe ich von Ihnen gelernt. (Dr. Illig: „Wir werden sehen, wie Dr. Schober abstimmen wird!“) Sie haben ja auch Ihre Listenführer; was Doktor Schober tut, geht Sie gar nichts an, das lassen Sie uns über. Wir regen uns auch nicht auf darüber,

was Dr. Ender und Dr. Kienböck machen. (Doktor Illig: „Dr. Schober als Mitglied des Ministerrates hätte die Einbringung der Vorlage verhindern können!“ — Ing. Wihany: „Bis Dr. Illig Minister sein wird, wird alles gut werden.“) Schade, daß Sie nicht draußen sind, zu Ihnen hätten wir das volle Vertrauen, daß Sie das verhindert hätten. (Dr. Illig: „Ich greife nur Ihren Listenführer an!“) Ich greife gar niemanden an.

Die Landes-Zentralmolkerei ist meines Erachtens nach nicht organisch herausgewachsen, sondern durch die übermäßige und forcierte Gründertätigkeit entstanden, was sich bereits in der ersten Bilanz ausgewirkt hat. Es ist uns ein Bericht vorgelegt worden, in welchem von der preisstabilisierenden Wirkung der Landes-Zentralmolkerei gesprochen und gesagt wurde, daß die Qualität der Milch insbesondere jener Lieferanten, welche seinerzeit von außen gekommen sind, bedeutend verbessert wird. In dem Berichte wurde auch gesagt, daß alle möglichen guten Eigenschaften bezüglich der Milch und der genossenschaftlichen Entwicklung eintreten werden, wenn die Zentralmolkerei gegründet ist. Es wurde von einem stabilen Preis für die Produzenten gesprochen und von einem befriedigenden Preis für die Konsumenten. In dem ersten Geschäftsjahre wurde aber, wie ich eben bereits ausgeführt habe und jetzt zur Begründung meiner ersten Ausführungen sagen möchte, nur gegründet, gekauft, adaptiert, investiert und dazu zu sehr hohen Preisen, vor allem mit fremdem Gelde und mit hohem Zinsfuß. Man darf nicht übersehen, daß auch die Privatunternehmer damals unter den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, daß aber die Privatunternehmer nicht jene Subsidien im Rücken hatten, wie die Landes-Zentralmolkerei. Es fehlt ein Organisationsplan bezüglich der milchanliefernden Genossenschaften einerseits und ein richtiger Verkaufsplan andererseits und es ist meines Erachtens nach überhaupt nicht genossenschaftlich gehandelt worden, sondern man ist vorgegangen wie bei einem kaufkräftigen Truff, der zuerst alles zusammenkauft, die nicht willigen Konkurrenten niederringt und die verausgabten Gelder dann durch Preiserhöhungen auf Kosten der Konsumenten hereinzubringen sucht. Der Verlust des ersten Jahres war kein unbedeutender. Es wäre nun naheliegender gewesen, daß die Geschäftsleitung aus diesem Ergebnis die kaufmännischen Konsequenzen gezogen hätte. Aber was ist geschehen? Man hat die Bilanz aufgestellt und einen Bericht gemacht und es wurde weitergewirtschaftet ein volles Jahr und der Betrieb ausgedehnt. Es ist dann seinerzeit die „Favorita“ übernommen worden, darüber werden wir nächstens reden, und sind dann die Gelder des Landes hineingekommen, sei es in Form einer Anleihe oder in Form des Genossenschaftskapitals.

In allen diesen Jahren, und zwar bis 1930 war ein Defizit. Nur die Golderoöffnungsbilanz war interessanterweise aktiv, obwohl die vorhergehenden und folgenden Bilanzen passiv gewesen waren. Das Ergebnis der Untersuchung und die Folgerung, die sich hieraus ergeben hat, war, daß keine Ausbildung und kein Verständnis der genossenschaftlichen Mitglieder da

war, das heißt, man beschränkte sich auf die Belieferung der Genossenschaften unter allen Umständen. Seitens der Geschäftsführung wurden alle möglichen Expansionsideen verfolgt. Bezüglich des Vorstandes ist zu bemerken, daß für die Milch an die Mitglieder ein höherer Preis ausbezahlt wurde, als die Genossenschaft tatsächlich zu zahlen in der Lage war. Die provisorische Bilanz 1930 schließt mit einem Abgang von 1.4 Millionen Schilling, der nach vielen Abschreibungen bei den Aktiven sich mindestens auf 1.7 Millionen Schilling erhöhen wird. Nun wird der Versuch gemacht, die Landes-Zentralmolkerei aktiv zu stellen. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden und in dankenswerter Weise wurde vom Landesfinanzreferenten die Idee aufgenommen, den wirklichen Status der Landes-Zentralmolkerei einer genauen Prüfung zu unterziehen, damit man in die Lage kommt, festzustellen, wieviel tatsächlich von den vom Lande gegebenen Geldern notwendig sein wird, um das Sanierungswerk der Landes-Zentralmolkerei in die Wege zu leiten. Ich bin der Überzeugung, wenn diese Arbeit sachgemäß und mit der erforderlichen Genauigkeit durchgeführt werden wird, so wird für das Land ein relativ nicht bedeutender, aber doch immerhin ein gewisser Betrag erübrigt werden können, der eben für andere, dringendere Bedürfnisse, wie zum Beispiel für die notleidenden Forstarbeiter, ruhig verwendet werden könnte.

Meine Fraktion ist daher nicht in der Lage, dem zweiten Teile des Antrages zuzustimmen, daß für die Forstarbeiter aus dem Kapitel 2 100.000 Schilling eingepart und für sie verwendet werden sollen. Sie wird für den ersten Teil stimmen, den zweiten Teil aber ablehnen. (A u f t: „Geben wir den Forstarbeitern die Geschäftsanteile der Landes-Zentralmolkerei!“)

**Menzner:** Wir haben heute über einen Antrag zu beschließen, der den Forstarbeitern eine Erleichterung ihrer schweren Lage bringen soll, die, wie ich bemerken möchte, vor allem durch die marxistischen Methoden, durch das russische Dumping, hervorgerufen wurde. (Gelächter und Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — **S o r n i k:** „Sie freuen sich darüber!“ — Unruhe.) Sie können schreien so viel Sie wollen. Sie haben weit bessere Verbindungen nach Moskau wie wir und auch bessere Verbindungen dahin, wie die Holzarbeiter. Sonst ginge es unseren Holzarbeitern besser. So lange Sie natürlich die Verbindungen aufrecht erhalten, was schließlich nur bis zum Sekretär reicht, so lange sieht man noch rundliche Gesichter in Ihren Reihen. Wo aber diese Verbindung aufhört, da doch die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit beim Bruder Sekretär endet, dort wird auch der Magen leer. Jedenfalls ist es meine Überzeugung und auch die Überzeugung der Öffentlichkeit und der Holzarbeiter, daß das russische Dumping unsere Holzarbeiter auf den Hund und in diese Notlage gebracht hat. Wir sind natürlich dafür, daß man diesen armen Leuten hilft und wir stimmen nicht nur für den ersten Antrag, sondern werden auch für die zweiten 100.000 S stimmen, weil wir uns sagen, daß es notwendig ist, diesen armen Leuten in der schweren Not, die sie nicht verschuldet haben, zu helfen. Bezüglich des zweiten Teiles des Antrages, wo es

heißt, daß man keine Beamten anstellen soll, da muß ich mich natürlich dem Antrage des Herrn Abgeordneten **R e i c h l** anschließen, denn ich sehe wirklich nicht ein, daß man in dieser Zeit wieder am Rücken des kleinen und mittleren Mannes die Sache austragen soll. Ich möchte da schon betonen, daß wir uns schon bald im 6. Monat dieses Jahres befinden und man von einer Neuorganisation und von Ersparungsmaßnahmen nicht viel merkt. Und ich glaube kaum, daß man gerade am Rücken dieser kleinen Beamten wird 200.000 Schilling ersparen können. Da hätte man schon müssen den von Ihnen geschützten Herrn **N e u r a t h** heranziehen (Zwischenrufe der Sozialdemokraten. — **M a c h o l d:** „Ihren Geldgeber!“) oder den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter **M a c h o l d**. Der hat das Geld, obwohl immer gesagt wird, man sei Proletariatsführer; der ist Hausbesitzer, bekommt im Monat 2600 Schilling als Landeshauptmann-Stellvertreter und bezieht noch, nachdem man den Herrn **F r e i t a g** in der Krankenkasse abgebaut hat, 14mal 1200 Schilling. (**M a c h o l d:** „Sie sind ein Phrasendrescher! Sie sind ein Lügner!“) Sie sind ein sehr würdiger Vertreter des Proletariats und damit Sie sich Ihre Proletariatsfüße nicht wund laufen, setzen Sie sich ins Auto und lassen sich über die Straßen führen. Und wenn Sie Ihre Gleichheit durchführen wollen, setzen Sie sich neben den Chauffeur, damit Sie chauffieren. Ich möchte Ihnen aber dann raten, daß Sie dann die Landeswagen nicht zusammenführen, denn das ist Landesgut. (**M a c h o l d:** „Ihnen tut es leid, daß nicht Sie hier sitzen!“ — Unruhe.) Wir können uns selbstverständlich nicht damit einverstanden erklären, daß man am Rücken dieser kleinen Leute, der Beamten, die Sache austrägt. Es ist nicht möglich, hier 200.000 Schilling zu ersparen. Das ist eine Fata morgana, die man den Forstarbeitern vormacht. Das ist, um im Sinne der Residenz des Marxismus zu sprechen ein **P o t e m k i n s c h e s** Dorf, oder auf gut steirisch eine Kofttäuscherei, die man diesen Leuten vormacht, daß man ihnen 200.000 Schilling aus Ersparungen bei den Beamten wird zukommen lassen können. Da müßten Sie 140 bis 150 Beamte nicht einstellen und da werden Sie mir recht geben, daß es nicht möglich ist und in- folgedessen ist diese Vorlage für die armen Teufel eine direkte Täuschung. Man wird ihnen gar nicht auf dieser Grundlage die Gelder zukommen lassen können, sondern es wurde dieser Antrag wieder einmal ins hohe Haus gebracht, um wieder einmal von den Armsten der Armen zu sprechen, wie er die Herren so gerne tuen, um ein politisches Geschäft zu machen oder um sich ein nettes Bild irgendwo einlegen zu wollen. Jedenfalls muß ich sagen, daß wir keineswegs einer solchen Vorlage zustimmen können, so lange solche Verhältnisse in unserem Staate herrschen, so wie wir sie leßthin wieder wahrnehmen müßten, wo Sie eine gewaltige Propaganda gemacht haben und wo Sie gesagt haben, Sie haben nicht zugestimmt, um dann hinten 14 aus dem Saale hinauszuschieben. Dann ist es ganz klar... (**M a c h o l d:** „Ich werde Ihnen etwas sagen, Sie sind ein ganz gemeiner Lügner. Sie lügen mit jedem Worte, das Sie hier sagen!“ — **L e i c h n:** „So dumm hat noch kein

Mensch gesprochen!") Schreien Sie sich nur aus, ich habe ja Zeit, ich kann warten. (Nach einer Pause.) Sie werden mir doch nicht weismachen, daß Sie nicht zweckmäßig die Geschäftsordnung gebrauchen können, und daß Sie nicht zu dem Zwecke sogar noch einen, der in Amerika wäre, hätten herüberholen können. Sie treffen so etwas ja auch sonst und das hätten Sie auch hier leicht machen können. Sie können doch sonst die Geschäftsordnung so gut hobeln. Ja, wenn es sich um Ihre Pfründen dreht, da fahren Sie mit allen möglichen Autos und bringen alle Kranken, ja sogar Halb-tote zur Wahl. Und daher hätte der Herr Abgeordnete auch in diesem Falle seinen Weg finden können, um zur Stelle zu sein. Sie hätten berufen sein können, die ganze Sache zu Fall zu bringen. Statt dessen aber haben Sie nur eine große Aufmachung gemacht, um Ihre Absichten zu verdecken. Sie hätten das machen können, wenn Sie gewollt hätten, Sie hätten das Gesetz ja werfen können. Aber Sie haben letzten Endes das Gesetz durchgehen lassen. Infolgedessen haben Sie die Mauer für diese Herrschaften bei der Kreditanstalt gemacht, und das zeigt immer mehr, daß Sie gar keine Marxisten mehr sind. Sie sind Salon- und Bourgeois-marxisten. Geschäfts-marxisten sind Sie geworden, und darum finden Sie auch längst schon bei den anderen Parteien die weitgehendste Unterstützung. (Ma h n e r: Als Praterschreier könnten Sie auftreten, dort würden Sie den größten Anklang finden!) — Großer Lärm. — Zwischenrufe.) Das ist mir ganz gleichgültig, was Sie denken. Sie sind ja gar keine Arbeitervertreter, jedenfalls höchstens ein Kassenvertreter. (Ma h n e r: „Jedenfalls war ich das früher als Sie und bin es heute noch. Sie haben es jedenfalls spät entdeckt!“ — Unruhe.)

Jedenfalls muß ich sagen: Solange solche Verhältnisse in unserem Staate herrschen, solange hier solche Dinge vorkommen wie bei der Kreditanstalt, solange sogar nicht einmal die Herren Marxisten auftreten gegen solche Dinge, sondern zustimmen, wie Sie heute zugestimmt haben, so daß der Staat einfach für ganz fabelhafte Summen berechtigt wird, als Bürge und Zahler aufzutreten, daß darüber überhaupt nur die Regierung und vielleicht allenfalls noch der Hauptaus-schuss entscheidet. Meine Herren, so lange sind wir nicht willens, daß mit den Ständen, die arm sind, daß auf dem Rücken der Armisten ein solcher Humbug gekrieben wird, wie mit den Forstarbeitern, und daß ihnen auf der anderen Seite eine derartige Belastung auferlegt wird, wie wir es heute bei dem Beschlusse erleben. Wir werden daher für diesen zweiten Teil auch nicht stimmen.

Nun aber, meine Herren, da schon mein Herr Vorredner dieses Kapitel angeschnitten und gesagt hat, er werde sich kurz fassen, so muß ich jetzt erwähnen, ich habe gar keine Ursache, mich kurz zu fassen, denn dieses Kapitel da ist mein Kapitel. Man hat uns zwar neulich einen Beißkorb angelegt und den werden wir jetzt herunternehmen und erklären, warum wir für den zweiten Teil der Vorlage nicht stimmen können. (H a r t l e b: Wir haben einen Beißkorb gehabt, der sogar für Ihr Maul groß genug war! — Heiterkeit

beim Landbund und den Sozialdemokraten.) Herr H a r t l e b, ich werde Ihnen eines sagen, daß ich den Maulkorb lösen werde, wenn es mir paßt, und nicht, wenn es Ihnen recht ist. (H a r t l e b: „Dort haben Sie nicht geredet, wo Sie sollten!“) Heute aber werde ich reden, wenn es Ihnen vielleicht auch nicht recht ist. Mir kommt es gar nicht darauf an, daß ich mit ungleichen Waffen gegen Sie kämpfe. Wenn wir in der letzten Sitzung eine dringliche Anfrage eingebracht haben, so deshalb, weil wir die Gefahr gesehen haben, daß mittlerweile im stillen Kämmerlein, so hinter der Tür dort saniert wird, ohne daß die Öffentlichkeit darüber unterrichtet ist. Jedenfalls wollen wir damit sagen, daß diese ganze Landes-Zentralmolkerei sozusagen in ihrem Namen schon eine Präpotenzschöpfung ist. Denn sie hat sich ja nie auf das ganze Land erstreckt, sondern erst später diesen Namen verdient, wie sie am Staats-beziehungsweise Landesfädel zu melken begann. Diese ganze Landes-Zentralmolkerei war jedenfalls gedacht, daß sie in den Milchverkehr als solchen, sei es nun Erzeugung oder Absatz und Verkehr, in geregelte Bahnen bringt — und da haben wir letzten Endes nichts dagegen, wenn man solche Organisationen auch organisch in die ganze Wirtschaft eingliedert und einbaut. Mein Herr Vorredner hat schon gesagt, es war zur Zeit der Gründung der Zentralmolkerei ein Gründungsjahr. Tatsächlich hat man alles mögliche und unmögliche aufgekauft und ich möchte jetzt zur Sprache bringen, was man alles gekauft hat:

Zuerst hat man, um einen Luftakt zu haben, die Erste steirische Molkerei in der Strauchergasse gekauft, beziehungsweise gepachtet und hat dafür 84 Millionen Kronen im Jahr Pacht ausgegeben. Es war dadurch kein immenser Zulauf oder eine immense Ausbreitung in bezug auf Konsumenten zu bemerken, wie man es erwartet hätte. — Das zweite war dann, um sich auf dem Platze zu behaupten, die T e m m e l - Molkerei. Die hat schon mehr gekostet, da hat man schon 24 Milliarden Kronen gebraucht, um sie aufzukaufen. Und merkwürdigerweise hat man dabei den Großteil der Maschinen nicht verwendet und ist auch mit denjenigen, die man verwendet hat, des öfteren mit dem Marktamt in Konflikt gekommen. Jedenfalls hat man sich diese Sache nach einem Jahre überlegt und hat das Gebäude wieder abgestoßen. — Recht interessant ist die Geschichte mit der T ö r e k - Molkerei. Da hat man etwas aufgekauft, was noch gar nicht bestanden hat. Diese Molkerei hat noch nicht bestanden, sondern es hat jemand den Willen gehabt, eine Molkerei zu errichten. Und dieser Wille hat darin bestanden und sich darin kundgetan, daß der Betreffende in Deutschland Maschinen bestellte, wobei ihm aber der Wille und das Geld fehlte, sie zu bezahlen. Es war natürlich von Seite des Betreffenden eine gewaltige Gefahr vorhanden, daß er sich auf diesem Platze hier festsetzt und so hat man ihm die Maschinen abgekauft um 410 Millionen Kronen. Von den Maschinen hat man einen großen Teil nicht in Verwendung nehmen können, und man ist dann hergegangen und hat diesem Mann, damit er in Steiermark, im Lungau und im Burgenland keine Molkerei errichtet, dafür noch

600 Millionen Kronen gegeben. — Einer besonderen Aufklärung würde bedürfen die Ablösung des Servituts in Eggenberg, wo 100 Millionen Kronen ausgeben wurden und wo man nicht finden kann, daß eine Törek-Molkerei im Grundbuche überhaupt vorhanden war. Wie diese Schöpfungen gearbeitet haben, ersieht man auch bei der oststeirischen Molkerei, wo sich ein Verlust von 34.000 Schilling ergab, da mehrere Jahre schlechte Milch geliefert wurde. Da hätte man, glaube ich, schon Einfluß nehmen können, daß nur solche Milch geliefert wird, die man auch verwerten kann. Die Zentrale ist gewiß nicht dazu da, daß sie schlechte Milch einsammelt. — Die St. Georgener Molkerei, „Murboden“, hat einen Verlust von 152.000 Schilling, und dann hat man einen Hufarenritt nach Wien gemacht, um steirische Milch dort unterzubringen. Die Sache mit der „Favorita“ hat sich schon anfänglich recht gut angelassen, indem man insbesondere einen Pachtzuschilling von 2600 oder 2500 Schilling bezahlt, obwohl die Sachverständigen nur 1000 Schilling als entsprechend gefunden haben. Aber diese Sache ist bald zugrunde gegangen und man hat sie einem gewissen Johann Klein übergeben und steht scheinbar noch mit ihm im Prozesse. Und diese ganze Sache kostete der Zentralmolkerei nicht weniger als 737.000 oder 738.000 Schilling, ohne daß heute aus diesem ganzen Geschäft auch nur 1 Liter steirische Milch in Wien verkauft wird. — Zum besseren Verständnis möchte ich noch anführen, daß man auch ein sozialdemokratisches Unternehmen, die „Amig“, in diese Sache hineingenommen hat. Die hat bei diesem Unternehmen noch 150.000 Schilling mit 12prozentiger Verzinsung ausständig, und Sie werden heute begreifen, warum die Herren Sozialdemokraten für die Sanierung gar so interessiert sind. Wahrscheinlich interessieren sie diese 150.000 Schilling, wie bei der Kreditanstalt die 200 Millionen der Gemeinde-Sparkasse, die dort liegen und wo sie auch ziemlich zugänglich erscheinen. — Aus der ganzen „Amig“-Geschichte ist kein Gewinn erwachsen durch die Übernahme; es wäre nicht notwendig gewesen, auch dieses Institut zu übernehmen. Dann wurden noch mehrere Geschäfte gekauft.

Und wenn man nun die ganze Bilanz zieht, so sieht man, daß sie eigentlich recht katastrophal ist. Im Jahre 1924 war schon die Regie der Landes-Zentralmolkerei 3 Milliarden Kronen, dazu 800 Millionen Zinsen und Ablösungssummen 367 Millionen. Dazu kommt der Verlust beim Zweigbetrieb Hartberg mit 62 Millionen. Also sicherlich eine Fundierung, die ziemlich nach dem Konkurs schreit, umsomehr, als der Gesamtverlust im Jahre 1924 1.7 Milliarden Kronen beträgt. Der hat sich vermehrt im Jahre 1925 auf 3.3 Milliarden Regie und 5.4 Milliarden Verlust, im Jahre 1926, wo schon die Schillingwährung eingeführt war, auf 511.000 Schilling Regie und 446.000 Schilling Verlust. Im Jahre 1927 betrug die Regie 665.000 Schilling, so daß sich, wenn man den Verlust zusammenfaßt 1.4 Millionen Schilling ergeben. Man darf also sagen, daß in diesen 7 Jahren an Regie 3.2 Millionen Schilling erwachsen sind, und daß sich ein Verlust von 1.4 Millionen Schilling ergab.

Das hätte uns natürlich ganz kalt lassen können, was die Zentralmolkerei tut, was sich dort für ein Verlust ergibt, wenn nicht auch ein solcher Schaden beim Landesfädel eingeseht hätte. Und das ist nun im Jahre 1926 erfolgt, wo nach einem Berichte des Herrn Hofrates Buchner, der schon die katastrophale Lage darstellt, man trotzdem in das ganze Unternehmen hineingesprungen ist. Man hat sich zuerst mit 100.000 Schilling den Beitritt erkaufte — das hätte man auch billiger haben können — und hat noch 800 Anteilscheine je 500 Schilling, das sind 400.000 Schilling an sich gebracht. Und dazu haben wir noch einen Landeskredit gegeben von 640.000 Schilling, dann für die Fürstfeldler Molkerei ein Darlehen von 124.000 Schilling und dann an den Knittelfelder Zweigbetrieb mit 100.000 Schilling. Dann hat man noch den Landesanteil erhöht um weitere 400.000 Schilling, weil man nicht ausgekommen ist, und außerdem hat das Land noch die Haftung übernommen für 1.5 Millionen. Und was das heißt, eine Haftung übernehmen, das werden wir noch bei der Zentralmolkerei sehen. Wir haben das jetzt schon wiederholt gesehen, und die Haftung des Staates bei der Kreditanstalt wird wahrscheinlich denselben Weg gehen, daß die Steuergelder werden erhalten müssen, um diese Haftung zu decken. Die Landesbindungen haben ausgemacht 2.6 Millionen Schilling, dazu die Haftung für Darlehen des Bundes im Betrage von 232.000 Schilling, so daß eine Haftung oder Landesbindung von 2.8 Millionen Schilling besteht.

Und um nun diese ganze Geschichte zu sanieren, hat man den Antrag gebracht, daß wir 1.7 Millionen Schilling da hineinstecken sollen, daß wir das bezahlen sollen. Und man war allerdings so vorsichtig, daß man 100.000 Schilling Anteilscheine dem Lande belassen hat, wahrscheinlich, um über diese 100.000 Schilling wieder einmal die Milchschwemme zu leiten, die gründlich unsere Staatskassen ausschwabben soll. Wir müssen sagen, daß so viele Gelder unnütz verwendet wurden, denn wenn man sich die Berichte ansieht, die in letzter Zeit in den Zeitungen waren, so muß man sich fragen, warum eigentlich diese ganze Zentralmolkerei hier besteht, da man doch in gewisser Hinsicht als oberstes Ziel die Hygiene gestellt hat. Man hat gesagt, wir brauchen gesunde Milch, insbesondere für die Städter und diese zusammengemischte Milch in Kannen bei den Bauern ist nicht die richtige. Man soll so eine Milch erst durch eine Anstalt führen, wo sie keimfrei gemacht wird. Merkwürdigerweise finde ich da von der Rathauskorrespondenz eine Notiz in der Zeitung, die folgend lautet (liest):

„Unvollkommen pasteurisierte Milch, trotz Milchverordnung. Wie der Rathauskorrespondenz zu entnehmen ist, sind die in Graz befindlichen Molkereien beim derzeitigen Stand ihrer Einrichtungen und Betriebsführung noch nicht in der Lage, oder haben bisher noch nicht den Nachweis erbracht, die Milch im Sinne des neuen Milchregulativs während der Pasteurisierung drei Minuten lang auf einer Temperatur auf 80 Grad Celsius zu halten. Es wird daher empfohlen, die demalen in Graz zum Verkauf gelangende pasteurisierte Milch gleich der Rohmilch, ausgenom-

men Vorzugsmilch, vor dem Genuße abzukochen. Wegen der zu kurzen Pasteurisierungsdauer ist es möglich, daß nicht alle etwa in der Milch vorhandenen Krankheitskeime abgetötet sind. Zu dieser Verlautbarung sieht sich der Stadtrat deshalb bemüht, weil durch das mit der Absicht der Gesundheitsförderung erlassene Milchregulativ in der Öffentlichkeit die Meinung erweckt sein kann, die derzeitige pasteurisierte Milch entspreche allgemein diesen Verordnungsabsichten.“

Man sieht also, daß die Molkerei nicht einmal die Milch nach dem Milchregulativ entsprechend herrichten kann. Wozu hat man dann diese vielen Gelder für den Maschinenankauf verwendet? Wenn man das Regulativ ansieht, so steht darinnen, daß man zur Reinigung der Milch ein Seichertücherl nehmen kann. Da wäre es gescheiter gewesen, wenn der Herr Minister **Winkler**, der als Pate der Anstalt vorgestanden ist, die böhmische Leinwand geliefert hätte. Die wäre zwar eingegangen, aber der Maschinenankauf wäre erübrigt worden. (**Höpfel**: „Das ist sehr interessant, was Sie sich erlauben. Das ist wirklich ein feiner Ton, den Sie hier anschlagen!“ — **Hartleb**: „Wie ein Lausbub reden Sie!“ — Ingenieur **Wizany**: „Sie wollen ein Regierungsmitglied in Steiermark sein? Pfui Teufel, was glauben Sie denn!“ — **Mahner**: „Er konkurriert mit dem letzten Wiener Pülscher!“ — Lebhaftes Zwischenrufe seitens der Landbändler. — Langandauernder Tumult. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, auf die Plätze.

**Meyszner** (fortfahrend): Sie werden mich nicht einen Lausbuben heißen. Ich bitte, Herr Präsident, ich lasse mir das nicht gefallen. (**Hartleb**: „Ich verlange die Unterbrechung der Sitzung und Einberufung der Obmännerkonferenz.“)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich unterbreche die Sitzung auf eine halbe Stunde.

(Die Sitzung wird um 18 Uhr 25 Min. unterbrochen und vom Präsidenten **Kölbl** um 21 Uhr 30 Min. wieder aufgenommen.)

**Präsident**: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder. Vorerst muß ich folgendes bemerken. Im Laufe der Debatte sind verschiedene Äußerungen und persönliche Angriffe, die nunmehr festgestellt sind, gefallen. Ich muß dieselben von Seite des Präsidiums aus bedauernd zurückweisen.

Die Obmännerkonferenz hat sich bemüht, eine einvernehmliche Lösung zum Zwecke einer sachgemäßen Fortführung der Verhandlungen des Landtages zu ermöglichen. Der Landbund hat bei diesen Verhandlungen eine sich auf den Ton der Verhandlungen beziehende und entschuldigende Erklärung des Herrn Landesrates **Meyszner** verlangt. Diese Erklärung wurde von Seite des Herrn Landesrates **Meyszner** abgelehnt. Der Heimatblock hat eine entschuldigende Äußerung bezüglich der gegen den Landesrat **Meyszner** gefallenen Äußerungen verlangt. Auch eine derartige Entschuldigung wurde von Seite des Landbundes abgelehnt.

Ich sehe mich daher veranlaßt, die für heute anberaumte Sitzung zu verlagern, und zwar auf Montag, den 8. Juni 1931, um 5 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung.

(Präsident verkündet die Tagesordnung, die eingebrachten Anträge und Anfragen und das Stattfinden von Ausschusssitzungen.)

Von Seite des Landbundes wurde ich ersucht mitzuteilen, daß für Herrn Abg. **Ferner**, der seinerzeit vorübergehend an Stelle des Herrn Abg. Ingenieur **Wizany** in die Ersparungskommission entsendet wurde, wieder Herr Abg. Ing. **Wizany**, da er nunmehr wieder im Landtag anwesend ist, seine Stelle in der Ersparungskommission antritt.

(Schluß der Sitzung um 21 Uhr 40 Min.)